

Klassenautonomie und Einheitsgewerkschaft — Zur gewerkschaftlichen Klassenpolitik heute

Gert Hautsch / Klaus Pickshaus

I. Zum Inhalt von Klassenautonomie heute — II. Zur Problematik politischer Einflüsse auf die Entwicklung gewerkschaftlicher Autonomie und Einheit — III. Zur Spezifik gewerkschaftlicher Politikbestimmung und der Problematik politisch-ideologischer Strömungen — IV. „Pluralismus“ und Vereinheitlichung.

In den letzten Jahren haben Diskussionen über die Funktion der Gewerkschaften und die Erweiterung ihrer Kampffelder und -inhalte zugenommen. Ein zentrales Problem ist dabei die Bestimmung von Inhalt und Reichweite gewerkschaftlicher Autonomie. Die Entwicklung einer kämpferischen, klassenorientierten Politik stellte sich in der zurückliegenden Zeit keineswegs als ein linearer Prozeß dar: Rückschläge, Brüche und innergewerkschaftliche Konflikte werfen die Frage nach den Durchsetzungsbedingungen autonomer Politik unter den Bedingungen einer Einheitsgewerkschaft auf. Dabei ist der Stellenwert politischer Faktoren, insbesondere die Wechselwirkung zwischen politischen Parteien und Gewerkschaften ebenso zu untersuchen wie die innergewerkschaftliche politische Differenzierung.

Interessierte antikommunistische Kreise versuchen in den letzten Jahren, marxistische Beiträge in der Diskussion und Erarbeitung gewerkschaftlicher Autonomie als Taktik der „Unterwanderung“ zu diffamieren, bzw. der Einheitsgewerkschaft von vornherein eine sozialpartnerschaftliche Basis zu unterschieben.¹ Ebenso wichtig wie die Zurückweisung derartiger Angriffe ist die Weiterentwicklung der eigenen theoretischen Analyse der Perspektive des gesellschaftlichen Prozesses im staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK) im Hinblick auf den Stellenwert der verschiedenen gesellschaftlich-politischen Kräfte und Organisationen.

Wenn in den ökonomisch-politischen Analysen auf Basis der SMK-Theorie festgestellt wird, daß sich das Aufgabenfeld der Gewerkschaften objektiv in den gesamten politischen Bereich hinein erweitert hat, dann stellen sich verschiedene theoretische Fragen in neuer Weise. Das gilt allgemein für das Verhältnis zwischen politischem und ökonomischem Kampf, für die strukturellen Grenzen gewerkschaftlicher Klassenpolitik auch unter diesen Bedingungen, für die Abgrenzung der marxistischen Konzeption von reformistischen

1 In seinem Kreuzzug gegen das Buch von Deppe/Fülberth/Harrer (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1977, unterstellt Gerhard Beier z. B. den Autoren: „Durch Betonung der Autonomie, die — wo sie ernst genommen wird — sehr wohl im Widerspruch zur sowjetmarxistischen Gewerkschaftstheorie steht, wird der Versuch gemacht, die Gewerkschaften aus ihrer historisch gewachsenen Nähe zum freiheitlichen Sozialismus zu lösen und in eine neue Bindung an die vorgeblich einzige Partei für die Arbeiterklasse (die DKP) zu manövrieren.“ Sein Beleg: „Das alles geschieht unauffällig und teilweise verschlüsselt, wirkt suggestiv, bleibt aber für den kritischen Analytiker eindeutig feststellbar.“ Dieses Traktat Beiers im Geiste McCarthys wird von der Bundeszentrale für politische Bildung vertrieben. So: Aus Politik und Zeitgeschehen B 41/79, 15. Oktober 1979, S. 27.

und syndikalistischen Vorstellungen, für die Beziehungen von gewerkschaftlichen Organisationen zu politischen Parteien in der Arbeiterbewegung und andere Fragen.

In den vergangenen 25 Jahren haben marxistische Kräfte in der Gewerkschaftsbewegung eine politische Praxis entwickelt, die zeitweilige sektiererische Fehler in der Geschichte der kommunistischen Bewegung überwunden hat und auf eine konstruktive Politik zur Stärkung der Einheitsgewerkschaft gerichtet ist.² Demgegenüber weist die theoretische Verarbeitung neuer Probleme der Gewerkschaftsbewegung ausgehend von der Konzeption des SMK noch Lücken auf. Dies trifft zum Teil auch auf die Einordnung der aktuellen klassenpolitischen Strömung in die Tradition marxistischer Gewerkschaftstheorie und -politik zu.

Frank Deppes Studie „Autonomie und Integration“ hat der theoretischen Diskussion darüber wichtige Anstöße gegeben.³ Einige Fragestellungen, die sich zum Teil auf diese Studie beziehen, sollen hier aufgegriffen werden.

I. Zum Inhalt von Klassenautonomie heute

Der Begriff Autonomie wird schon seit längerem in der gewerkschaftstheoretischen Diskussion unter Marxisten verwendet. Mit ihm soll ganz allgemein die Orientierung einer progressiven Gewerkschaftspolitik umschrieben werden. Sein Inhalt kann sich nicht darauf beschränken, die Unabhängigkeit von Parteien und Organisationen zu betonen; er muß einer eigenen gewerkschaftspolitischen Funktionsbestimmung entsprechen. Die inhaltliche Fassung des Autonomiebegriffs ist nur im Rahmen einer ökonomisch-politischen Analyse möglich. Dabei scheint es sinnvoll, nicht allein vom Standpunkt der Gewerkschaften selbst auszugehen. Diese sind Teil der Arbeiterbewegung; ihre Möglichkeiten und Grenzen unter heutigen Bedingungen können nur in diesem Zusammenhang erforscht werden. Das gilt vor allem in bezug auf die politischen Organisationen der Arbeiterbewegung.

Klassenautonomie wäre auch in der Gewerkschaftsanalyse im Zusammenhang mit der allgemeinen Bestimmung der Autonomie der Arbeiterklasse zu definieren. Sie bedeutet, ganz abstrakt formuliert, auf allen Ebenen und in allen Bereichen des Kampfes von den eigenen Klasseninteressen auszugehen. Nur so — in voller Unabhängigkeit vom Kapital — können auch die Gewerkschaften ihrer Aufgabe voll gerecht werden.

Die Analysen zur Rolle der Gewerkschaften, die auf Grundlage der Theorie des SMK erarbeitet worden sind, stützen sich auf die erforschten neuen Strukturen im Verhältnis von Politik und Ökonomie. Es wird von einer objektiven Tendenz zur Annäherung des ökonomischen und politischen Bereichs der Gesellschaft als Ergebnis der Vergesellschaftungstendenz ausgegangen. Daraus folgt, daß eine Trennung zwischen ökonomischem und politischem Kampf der Arbeiterbewegung schwerer möglich wird. Schon in früheren Analysen, so in dem Werk „Der Imperialismus der BRD“ (1971) wurde z. B. die gewachsene po-

2 Zu solchen Fehlern gehört in erster Linie die RGO-Politik in den letzten Jahren der Weimarer Republik, aber auch gewerkschaftspolitische Fehler zu Beginn der 50er Jahre, die u. a. in der These 37 der auf dem Münchner Parteitag der KPD 1951 verabschiedeten Entschließung zum Ausdruck kamen. Vgl. hierzu: KPD 1945—1965, Berlin (DDR), 1966, S. 66/67. Zu den Auswirkungen vgl. Rainer Kalbitz, Gewerkschaftsaus-schlüsse in den 50er Jahren, in: Jacobi/Müller-Jentsch/Schmidt (Hrsg.), Gewerkschaftspolitik in der Krise, Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1977/78, Berlin (West) 1978, S. 159 ff.

3 Frank Deppe, Autonomie und Integration. Materialien zur Gewerkschaftsanalyse, Marburg 1979.

litische Komponente von ökonomischen Forderungen sowie die Erweiterung des gewerkschaftlichen Aufgabenfelds (der Lohn reicht zur Sicherung der Reproduktion der Arbeitskraft nicht aus) abgeleitet.⁴ Mit diesen Analysen konnte jedoch noch nicht die Frage beantwortet werden, wie sich die objektive Politisierungstendenz subjektiv durchsetzen kann. Es war ja nicht so, daß die Arbeitskämpfe der letzten Jahre von der Masse der Beteiligten bewußt als politische Auseinandersetzungen geführt worden wären — auch wenn diese Kämpfe objektiv erhebliche politische Bedeutung hatten. Was die marxistische Gewerkschaftsanalyse leisten muß, ist die Beantwortung der Frage: Unter welchen Bedingungen kann Klassenautonomie im SMK zur vorherrschenden Praxis der Gewerkschaften werden?

Die Bedeutung von *Frank Deppes Arbeit*⁵ besteht vor allem darin, daß er eine neue Forschungsrichtung der marxistischen Gewerkschaftsanalyse ausformuliert hat. Für ihn ist entscheidend, von welchem Klassenstandpunkt aus auf die im SMK objektiv wirkende Vergesellschaftungstendenz reagiert wird. Eine Darstellung von *Deppes Analyse* kann hier unterbleiben⁶, sie soll in ihren Grundaussagen unterstrichen werden: Integrationismus als Aufgreifen der kapitalistischen Entwicklungslogik, Autonomie als Ausgehen von der Logik der Arbeiterklasse, die Bestimmung dieser Begriffe als zwei Pole, zwischen denen sich die Gewerkschaftspolitik im SMK bewegt.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Differenzierung zwischen ökonomischem und politischem Kampf der Arbeiterbewegung, die im SMK wegen der zahlreichen Überschneidungen beider Bereiche schwieriger als früher wird. Reproduktionsinteressen der Arbeiterklasse reichen heute oft weit in den politischen Bereich, d. h. sie haben den Staat zum Adressaten und Kontrahenten. Deswegen allein verlieren diesbezügliche Forderungen aber noch nicht ihren ökonomischen Charakter.⁷ Hier reicht die „klassische“ Klassifizierung, wonach ökonomische Forderungen auf Vereinbarungen zwischen Arbeitern und Kapitalisten zielen, politische Forderungen auf den Erlass oder die Durchführung von Gesetzen⁸, nicht aus. Das Problem sollte nicht auf der Ebene formaler Abgrenzungskriterien diskutiert werden, sondern unter Berücksichtigung der politischen Dynamik dieser oder jener Bewegung. Vielleicht sollte dann von politischen Auseinandersetzungen ge-

4 Vgl. z. B. Autorenkollektiv des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, *Der Imperialismus der BRD*, Frankfurt/M. 1971. Dort wird der „qualitativ neue Charakter“ der gewerkschaftlichen Interessenvertretung daraus abgeleitet, daß der Staat als unmittelbarer Kontrahent in Arbeitskämpfen auftritt. Die Sicherung der Reproduktion der Arbeitskraft erfordere deshalb die Eroberung politischer Positionen durch die Arbeiterklasse; ein Ziel, auf das die Gewerkschaften ihre Tätigkeit ausrichten müßten (S. 596). Die Gewerkschaften müßten „eine langfristig konzipierte Strategie gegenüber dem staatsmonopolistischen Kapitalismus“ entwickeln, weil sonst unter den heutigen Bedingungen auch die unmittelbaren Tagesinteressen der Arbeiterklasse auf die Dauer nicht verteidigt werden könnten (S. 599).

5 Gemeint ist F. Deppe, *Autonomie...*, a. a. O.

6 Vgl. hierzu Gert Hautsch und Klaus Pickshaus, *Integration und Gewerkschaftsanalyse. Zur Diskussion einiger gewerkschaftstheoretischer Ansätze in der Bundesrepublik*; in: *Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF* Nr. 2, Frankfurt/M. 1979, S. 245 ff. Vgl. auch die Rezension zu Deppes Buch durch Heinz Jung in *Marxistische Blätter* Heft 4, Frankfurt/M. 1979, S. 94 ff.

7 Besonders deutlich wird dies bei Lohn- und Gehaltsforderungen der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst an den Staat, die manchmal auch schon als ‚politische Forderungen‘ aufgefaßt werden. Eine solche schematische Einteilung erfaßt die Wirklichkeit nur unzureichend.

8 Diese Interpretation findet sich u. a. auch bei Thomas Hagelstange, *Der Einfluß der ökonomischen Konjunktur auf die Streikfähigkeit und die Mitgliederstärke der Gewerkschaften in der BRD von 1950 bis 1975*, Stuttgart 1979, S. 188 ff.

sprochen werden, wenn Forderungen nicht nur von außen an den Staat herangetragen werden („Die Regierung darf aus ihrer Verantwortung . . . nicht entlassen werden“), sondern wenn ein Eingriff in den politischen Entscheidungsprozeß beabsichtigt ist und mit gewerkschaftlicher Macht verwirklicht werden soll. Letzteres würde z. B. bedeuten, daß die Gewerkschaften eigenständige, an den Klasseninteressen orientierte politische Konzeptionen entwickeln und ihre Kraft zu deren Durchsetzung auch gegenüber dem Staat einsetzen.

Autonomie läßt sich aber nicht nur an der Haltung zu politischen Forderungen bestimmen; sie beinhaltet die Unabhängigkeit vom Kapital in allen Bereichen. Hier können Brüche auftreten. Für eine Reihe von Gewerkschaftern ist z. B. die Rücksichtnahme auf die SPD-geführte Bundesregierung eine Barriere für die Politisierung von Interessen, damit eine Begrenzung der Autonomie. In Bereichen, wo dies keine so große Rolle spielt, wird aber u. U. eine weitgehende Konsequenz in der Analyse dessen, was die Arbeiterinteressen erfordern, erreicht. Eine diesbezügliche Einschätzung der Situation in der Bundesrepublik legt es nahe, von unterschiedlichen möglichen Stufen von Autonomie in einer bestimmten historischen Situation zu sprechen. Sie sind daran festzumachen, wie weit die Verallgemeinerung von Klasseninteressen jeweils geht. Das soll heißen, daß auch bei insgesamt beschränkter Autonomie Gewerkschaften in Teilbereichen des Klassenkampfes die Interessen der Lohnabhängigen konsequent anmelden und zum Kampfgegenstand machen können. Für die hier möglichen Entwicklungsstufen wäre *Deppes* Formulierung des Autonomiebegriffs zu präzisieren.

Kennzeichen von Autonomie ist dabei nicht das Maß an Konkretisierung der Reproduktionsinteressen, sondern die Forderung nach Lösungen, die die gesellschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse zum Bezugspunkt haben.⁹ Z. B. gehen die mit dem Arbeitskampf 1978 in der Druckindustrie durchgesetzten Besetzungsregelungen, Besitzstandssicherungen und Arbeitsinhaltsabgrenzungen erheblich über den Rahmen bisheriger Rationalisierungsschutzabkommen hinaus. Sie zeigen — wenn auch mit Abstrichen —, daß auch auf insgesamt beschränktem Niveau von Autonomie in einzelnen Bereichen ernsthaftere Modifizierungen der Wirkungsweise kapitalistischer Gesetzmäßigkeiten durchsetzbar sind. An diesem Punkt berührt die Gewerkschaftstheorie zentrale Fragestellungen der marxistischen gesellschaftspolitischen Strategie: In erster Linie das Verhältnis von Reform und Revolution. Der Kampf um Reformen hat im SMK einen höheren Stellenwert als im vormonopolistischen Kapitalismus. Dies ist Resultat der inneren Logik kapitalistischer Entwicklung. Nach Ansicht einer Reihe von marxistischen Wissenschaftlern können wegen des hohen Vergesellschaftungsgrads im heutigen SMK unter bestimmten Umständen einzelne Reformforderungen so weit getrieben werden, daß sie im Fall ihrer Durchsetzung das kapitalistische System untergraben. Mit Untergraben wird dabei nicht eine aktuelle Infragestellung des Kapitalismus gemeint, sondern Strukturveränderungen, die im Fall einer Linksentwicklung im staatlichen Bereich antikapitalistische Dynamik ent-

⁹ Als Beispiel können unterschiedliche Konkretisierungen einer wichtigen gewerkschaftspolitischen Forderung, der Arbeitszeitverkürzung dienen. Die Gewerkschaft NGG orientiert dabei — unter indirekter Absetzung von der DGB-Forderung nach 35-Stunden-Woche — auf gruppendifferenzierte Regelungen, die ausschließlich mit besonderen Arbeitsbelastungen bestimmter Teile der Belegschaften begründet werden. Die IG Druck und Papier — und ähnlich auch die IG Metall — hat ihre Forderung nach 35-Stunden-Woche als eine allgemeine Antwort auf die Rationalisierungsstrategie der Unternehmer verstanden.

wickeln können. Diese Problematik wird unter Marxisten allerdings selbst noch mit unterschiedlichen Positionen diskutiert.¹⁰

Im Rahmen einer derartigen Analyse wäre die Rolle der Gewerkschaften im Prozeß revolutionärer Veränderungen zu bestimmen. Dabei scheint uns *Deppes* Formulierung des Inhalts von Autonomie unter einigen Aspekten diskussionswürdig: „Als bloße ‚Schutz- und Abwehrkoalitionen‘ . . . sind Gewerkschaften notwendig, aber keineswegs autonom. (. . .) Die autonome Kraft der gewerkschaftlichen Interessenvertretung beginnt vielmehr in dem Maße praktisch zu werden, wie die innere Gesetzmäßigkeit, die Logik der Selbsterhaltung und Fortentwicklung des kapitalistischen Systems modifiziert, durchbrochen bzw. außer Kraft gesetzt wird.“¹¹ Einerseits wäre zu fragen, ob die Trennung zwischen defensiver und autonomer Gewerkschaftspolitik auf dieser Ebene überhaupt hinreichend möglich ist. Bedeutet nicht auch die Setzung von Schranken für die kapitalistische Willkür (z. B. Arbeitszeitverkürzungen) in der historischen Verlängerung einen Eingriff in kapitalistische Prinzipien? Andererseits können die Gesetze des Kapitals wohl allenfalls in politisch-ökonomischen Umbruchperioden „außer Kraft gesetzt“ werden; selbst dann ist das fraglich und gilt auf jeden Fall nur, solange die antikapitalistische Bewegung in der Offensive ist. Nach einer eventuellen Stabilisierung der alten Produktionsverhältnisse würden durchgesetzte Planungs- und Eingriffsmöglichkeiten zu staatsmonopolistischen Mechanismen umgewandelt werden. Dem Kapital können heute auf höherer Ebene als in der Vergangenheit Beschränkungen im Interesse der Arbeiterklasse auferlegt werden. Das verändert die Wirkungsweise kapitalistischer Gesetze, beeinflußt u. U. Strukturveränderungen des Kapitalismus, bleibt aber im Rahmen des kapitalistischen Systems. So verstanden wäre der Begriff alternativer bzw. antagonistischer Entwicklungslogiken brauchbar.¹²

Die „Logik der Produktivkräfte“ oder „Logik der Arbeiterklasse“ wäre Inhalt und Orientierung der Politischen Ökonomie der Arbeiterklasse. Dieser von *Marx* formulierte Begriff¹³ drückt aus, daß sich die Interessen des Proletariats gegenüber dem Kapital nicht einfach in einzelnen Forderungen niederschlagen, sondern eine eigenständige, real wirk-same Logik der gesellschaftlichen Entwicklung repräsentieren, anhand deren Antworten auf konkrete Probleme formuliert werden können. Es handelt sich dabei um eine aus den Entwicklungsgesetzen der Produktivkräfte entspringende Notwendigkeit, deren Erkenntnis und analytische Durchdringung Voraussetzung für eine Politik, die die gesellschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse konkret werden läßt, ist. Allerdings läßt der Begriff der antagonistischen Logik, wie er von *Lelio Basso* entwickelt worden ist, offenbar unterschiedliche Interpretationen zu. Von den Autoren des *Instituts für Sozialforschung*, Frankfurt/M., wird die genannte Dimension nicht erfaßt: „Beschreibbar sind sie (die Entwicklungstendenzen der ‚Logik des Klassenkampfes‘; d. Verf.) in Prozeßbegriffen der Be-

10 Vgl. als Beispiele Helmuth Kolbe, Probleme der Lage und des Kampfes der Arbeiterklasse im Staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Wirtschaftswissenschaft, Heft 4, Berlin 1973; Peter Heß, Reproduktionsbedingungen der Ware Arbeitskraft und Krise der kapitalistischen Gesellschaft, in: ebenda, Heft 5/1975; S. I. Tjulpanow, Die marxistisch-leninistische Mehrwerttheorie und die Gegenwart, in: Autoren-Kollektiv, Kapitalistische Ausbeutung heute, Berlin (DDR) 1977.

11 Vgl. F. Deppe, Autonomie . . . , a. a. O., S. 97 f.

12 Bei Lelio Basso, auf dessen Ausführungen sich Deppe in dieser Frage stützt (z. B. S. 146 f.), klingt die Fassung dieses Begriffs teilweise mißverständlich.

13 Vgl. Karl Marx, Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation (1864), in MEW Bd. 16, S. 11, wo er die englische ‚Zehnstundenbill‘ als „Sieg der politischen Ökonomie der Arbeit über die politische Ökonomie des Kapitals“ bezeichnete.

wußtwerdung, der Organisierung, des kollektiven Lernprozesses. . . . Analog zum proletarischen Organisationsprozeß entfaltet sich die Logik des Klassenkampfes zunächst als ein Kampf um die Reproduktion der Arbeitskraft und im weiteren Sinne als ein Kampf um die Kontrolle der materiellen Produktionsbedingungen."¹⁴

Entschlossener Kampf ist zwar entscheidender Bestandteil autonomer Klassenpolitik, aber nicht ihr alleiniger Inhalt. Die gesellschaftlichen Interessen des Proletariats bestehen nicht nur in der Sicherung konkreter Reproduktionsinteressen und der Bekämpfung des kapitalistischen Systems ganz allgemein, sondern sie beinhalten in der jeweiligen historischen Situation bestimmte gesellschaftliche Lösungen für sozialökonomische Probleme, die den kapitalistischen Lösungen entgegengesetzt sind. Dies wird auch von *Oskar Negt* nicht gesehen, wenn er den Begriff ‚Logik der Arbeiterklasse‘ als ein Alternativkonzept, mit dem die ideologische Bindung der Massen an das kapitalistische System aufgebrochen und diese auf sozialistische Politik umorientiert werden sollen, versteht: „Die politische Bedeutung dieser Konzeption zweier antagonistischer Logiken liegt darin, daß das bestehende System . . . nicht durch bloßen revolutionären Willen, durch Propaganda, voluntaristische Aufrufe, punktuelle Akte der Machtergreifung aufgelöst werden kann, sondern einzig durch eine Art materieller Gegenlogik hindurch, einer Logik, die in der Lage ist, eine noch stärkere Aggregatkraft auszustrahlen. (. . .) Der revolutionäre Wert einer politischen Strategie . . . (besteht) in ihrer Fähigkeit, die Massen von der kapitalistischen Logik zu trennen und die Realität durch bewußtes Eingreifen im sozialistischen Sinne zu verändern.“¹⁵

Diese Formulierungen sind äußerst abstrakt und vage. Die „materielle Gegenlogik“ kann auf dieser Basis nur heißen: Vorschlag eines Maßnahmebündels, das für die Bevölkerung attraktiver als die Rezepte der Vertreter des SMK ist. Das läuft — und dies geht aus Negts Artikel an anderer Stelle hervor — auf ein Programm konsequenter Reformpolitik hinaus. Wenn die Logik der Arbeiterklasse hierauf reduziert wird, geht jedoch deren materieller Gehalt verloren: Sie kann nicht einfach ein massenwirksames Entwicklungsmodell der Gesellschaft sein¹⁶; Reformforderungen müssen die gesellschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringen und konkretisieren. Autonome Klassenpolitik bedeutet Aufgreifen und Umsetzen der Politischen Ökonomie der Arbeiterklasse. Dieser Zusammenhang erhält unter den Bedingungen des SMK erweiterte Bedeutung, da durch den Kampf der Arbeiterklasse dauerhafter „wesentliche Modifikationen“ (*Tjulpanow*) kapitalistischer Gesetze durchgesetzt werden können.

Der bereits früher entwickelte Begriff „Gegenmachtpositionen“¹⁷ könnte geeignet sein, diese Dynamik zu erfassen. Er drückt aus, daß die herrschende Macht die des Monopolkapitals bleibt, betont andererseits die Fähigkeit der Arbeiterklasse zur Machtentfaltung als Grundlage für die Stabilisierung und Weiterentwicklung von Erfolgen. Gegen-

14 Vgl. Projektgruppe Gewerkschaftsforschung, Die Austauschbeziehungen zwischen Kapital und Arbeit im Kontext der sozio-ökonomischen Entwicklung, Zwischenbericht — Erster Teil, Frankfurt/M. 1976, S. 23.

15 Oskar Negt, Zur Dialektik der Übergangsperiode in Westeuropa. Lelio Bassos Konzeption der revolutionären Transformation; in: Probleme des Klassenkampfes (Prokla), Heft 34, Westberlin 1979, S. 9 f.

16 Konsequenterweise entwickelt Negt denn auch noch eine dritte „antagonistische Logik“: die der Transformationsperiode (a. a. O., S. 16). Eine solche Kategorie wird unsinnig, wenn man von objektiven Interessen der Arbeiterklasse bezüglich der gesellschaftlichen Entwicklung ausgeht, deren Ausdruck die Logik der Arbeiterklasse ist.

17 Vgl. IMSF (Hrsg.), Mitbestimmung als Kampfaufgabe, Köln 1971, S. 263 ff.

machtpositionen sind auf unterschiedlichem Niveau des Klassenkampfes möglich. Entscheidend ist, in welche Richtung die Gegenmacht treibt: Nicht einfach die Sicherung der Gegenwartsinteressen der Arbeiterklasse, sondern Sicherung dieser Interessen durch Schritte, die eine Konkretisierung der „Logik der Arbeiterklasse“ sind.

Der Zusammenhang zwischen autonomer Interessenvertretung und der Perspektive der Überwindung des Kapitalismus ist allerdings eine Problematik, die vor allem auch im Zusammenhang mit der Rolle der politischen Organisation der Arbeiterbewegung diskutiert werden muß.

II. Zur Problematik politischer Einflüsse auf die Entwicklung gewerkschaftlicher Autonomie und Einheit

In vielen gewerkschaftsanalytischen Arbeiten wird keine oder eine zu geringe Aufmerksamkeit den historisch-politischen Einflußfaktoren für die Gewerkschaftsentwicklung gewidmet, die damit aus dem Zusammenhang der politischen Gesamtentwicklung der Klasse herausgelöst wird. Unbeachtet bleibt dabei ebenfalls die Wechselwirkung von parteipolitischen und gewerkschaftlichen Formationen der Arbeiterbewegung. Es ist deshalb kein Zufall, daß bisher auch das Problem der Einheitsgewerkschaft als einer Form der Zusammenarbeit mehrerer politisch-ideologischer Strömungen in der Arbeiterbewegung nur selten behandelt wurde. Sofern die Frage der Einheitsgewerkschaft überhaupt Beachtung fand, wurde sie zumeist unter dem Aspekt der Durchsetzung industriegewerkschaftlicher Strukturen analysiert.¹⁸

Unter Ausschaltung der historisch-politischen Entwicklungsbedingungen wird von manchen Autoren in der Organisationsform der Einheitsgewerkschaft mit industriegewerkschaftlicher Struktur ein wichtiges Element der Konflikteindämmung und des Integrationsprozesses gesehen. So meint *Wolfgang Streeck*, daß dieser Gewerkschaftstyp „offenbar weit mehr als andere gewerkschaftliche Organisationsformen einer Tendenz (unterliegt), sich als ‚verantwortlicher‘ Partner in eine gemeinsam mit Staat und Arbeitgebern betriebene, gesamtwirtschaftliche Wachstums- und Stabilitätspolitik einbeziehen zu lassen“.¹⁹ Zurecht kritisiert an dieser Position *Walther Müller-Jentsch*, daß „nicht die Organisationsform der Einheitsgewerkschaft primär für die Eindämmung der Konflikte und die Synchronisierung der Mitgliederinteressen mit den Systeminteressen verantwortlich zu machen (ist), sondern die in ihr und ihrer Politik zum Ausdruck kommende, vorgängige gesellschaftliche Integration“.²⁰ Ähnliche Positionen wie *Streeck*, bei dessen Gewerkschaftsanalyse systemtheoretische Anleihen offensichtlich sind, vertritt in dieser Fra-

18 Dies trifft z. B. auf die bekannte Studie des Frankfurter Instituts für Sozialforschung zu. Vgl. J. Bergmann/O. Jacobi/W. Müller-Jentsch, *Gewerkschaften in der Bundesrepublik*, Bd. 1, 2. Aufl., Frankfurt/Main 1976.

19 Wolfgang Streeck, *Gewerkschaftsorganisation und industrielle Beziehungen. Einige Stabilitätsprobleme industriegewerkschaftlicher Interessenvertretung und ihre Lösung im westdeutschen System der industriellen Beziehungen*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Heft 3, September 1979, S. 242. Eine gekürzte Fassung dieses Aufsatzes erschien unter gleichlautendem Titel in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 11/1979, S. 721–733.

20 Walther Müller-Jentsch, *Neue Konfliktpotentiale und institutionelle Stabilität*, in: ebenda, S. 274. Bei dem Aufsatz handelt es sich um eine überarbeitete Fassung des gleichnamigen Referats von Müller-Jentsch auf dem 19. deutschen Soziologentag in Westberlin 1979, auf das ausführlicher im Jahrbuch 2/1979 des IMSF eingegangen wurde. (Vgl. Hautsch/Pickshauss, a. a. O.)

ge auch die *Projektgruppe Gewerkschaftsforschung*: „Die mit der Organisation nach dem Industrieverbandsprinzip verbundene Vereinheitlichung der Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit hat durch den Zusammenschluß der deutschen Gewerkschaften zur Einheitsgewerkschaft ein weiteres Moment der Konfliktverminderung erfahren.“²¹ Die vordergründige Betrachtung der Gewerkschaftsentwicklung unter dem Gesichtspunkt der Konfliktregulierung vernachlässigt, daß die Durchsetzung industriegewerkschaftlicher Strukturen und die Schaffung einer Einheitsgewerkschaft Momente und Erfolge des Kampfes der Arbeiterklasse selbst sind. „Vielmehr muß die Tendenz zur Gewerkschaftseinheit — im organisatorischen wie im programmatischen Sinne — als Moment des Bildungsprozesses der Klasse begriffen werden, in dem sich — vermittelt über die Aufhebungen des Konkurrenzprinzips und der inneren Fraktionierung — die Einheit des Klassenhandelns formt, organisatorische Formen geschaffen werden, die diese Einheit zu artikulieren und selbst noch zu fördern vermögen.“²²

Frank Deppe versucht die Herausbildung relativ stabiler Massengewerkschaften und ihre heutige gesellschaftliche Anerkennung in den entwickelten kapitalistischen Ländern vor dem Hintergrund und als Moment des Vergesellschaftungsprozesses zu erklären, dessen Träger die sich zu gesellschaftlicher Macht organisierende Arbeiterklasse ist. Da die „zivilisatorische“ und „nivellierende“ Tendenz des Kapitals — das heißt unter anderem: die Herausbildung von Großproduktion und Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse — sich nur in einem langwierigen und widersprüchlichen Prozeß durchsetzt, kann sich auch die organisatorische Vereinheitlichung nur allmählich und widerspruchsvoll vollziehen. Der Vergesellschaftungsprozeß begünstigt zwar die Zentralisierung und Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung, zur Realisierung, zum bewußten Vollzug dieser objektiven Tendenz sind jedoch subjektive Vermittlungen ausschlaggebend. Historisch sind solche Anstöße zur Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung zumeist vom linken Flügel unternommen worden.

Deppe bezeichnet es als die Aufgabe marxistischer Gewerkschaftstheorie und -politik, zu begründen, daß „die Unterstützung autonomer Gewerkschaftspolitik keine taktische Wende bedeutet, sondern warum Einheit und Autonomie einer gewerkschaftlichen Klassenpolitik mehr und mehr zu einem relativ selbständigen Element des Kampfes — vor allem auch gegenüber den politischen Parteien — um grundlegende gesellschaftliche Veränderungen geworden ist“.²³ Dabei sieht *Deppe* in den Gewerkschaften keineswegs die Form, „in der sich die Gesamtheit der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kämpfe der Arbeiterbewegung zusammenfaßt“.²⁴ Zur Definition von Autonomie gehört unter anderem als Bestimmung „die Integration der selbständigen und unabhängigen Gewerkschaftsorganisation und ihrer Politik in die politische Gesamtbewegung der Arbeiterklasse“.²⁵ In einem solchen Prozeß, in dem die Trennung des ökonomischen und des politischen Kampfes der Arbeiterbewegung überwunden würde, ohne die organisatorische Besonderung von Parteien und Gewerkschaftsbewegung aufzuheben, würde allerdings ihr Verhältnis zueinander sich verändern. In dem Maße, in dem die gesellschaftspolitischen Gestaltungsaufgaben der Gewerkschaften in den Vordergrund rücken, „... verringert

21 Projektgruppe Gewerkschaftsforschung, a. a. O., S. 119.

22 F. Deppe, Autonomie..., a. a. O., S. 109.

23 Ebenda, S. 123.

24 Ebenda, S. 98.

25 Ebenda, S. 104.

sich die Distanz zwischen den gewerkschaftspolitischen und den parteipolitischen Orientierungen und Entscheidungen".²⁶ Wenn die gewerkschaftlichen Kämpfe in den politischen Raum drängen, werden die politischen Parteien und politischen Institutionen mit der neuen autonomen politischen Qualität der Gewerkschaftsbewegung konfrontiert und von ihr beeinflusst. Den Beginn einer solchen Entwicklung sieht *Deppe* in einigen westeuropäischen Ländern (Italien, Frankreich und Spanien) in den siebziger Jahren.²⁷

Allerdings erweist sich die Beeinflussung von gewerkschaftspolitischer und parteipolitischer Entwicklung als höchst wechselseitig — im positiven wie im negativen Sinne. Die Stagnation bzw. die Rückschläge im Kampf um politische Veränderungen in Italien und in Frankreich zeigen deutlich ihre negativen Auswirkungen auf die Gewerkschaftsentwicklung. Es sollte deshalb stärker noch, als dies in der Verallgemeinerung der internationalen Erfahrungen bei *Deppe* geschieht, die Wechselwirkung zwischen politischen Kräftekonstellationen und Gewerkschaftsentwicklung ebenso wie die Bedeutung der politischen Gesamtentwicklung der Klasse betont werden. Dies gilt hier in erster Linie für die Frage nach den Realisierungsbedingungen einer autonomen Politik bei gleichzeitiger Gewährleistung der gewerkschaftlichen Einheit.

Auf den besonderen Stellenwert dieser Faktoren im historischen Prozeß verweisen die national bis heute sehr unterschiedlichen Gewerkschaftsstrukturen und die differierende Stärke der klassenpolitischen Positionen. Hauptindikator für die Kräftekonstellation in diesem Bereich ist die jeweilige Stärke der politischen Parteien, insbesondere hinsichtlich ihres Einflusses in der Arbeiterklasse. Die Entwicklung dieses politischen Kräfteverhältnisses, der Grad klassenpolitischen Einflusses und damit das Entwicklungsniveau des Klassenkampfes ist — so soll hier akzentuiert werden — von ausschlaggebender Bedeutung für die Frage, inwieweit in der Gewerkschaftsbewegung Einheit und Klassenautonomie realisiert werden können.

Für *Walther Müller-Jentsch* ist die Einheitsgewerkschaft offenbar nur auf nicht-antikapitalistischer Basis vorstellbar: „Im allgemeinen können sie (die Einheitsgewerkschaften, d. V.) sich erst auf der Basis eines, vor allem im politischen Parteiensystem sich widerspiegelnden, gesellschaftlichen Konsensus herausbilden und behaupten. Der Inhalt dieses Konsensus läßt sich negativ umschreiben als Verzicht auf revolutionäre Ziele und Aktivitäten, positiv als Akzeptierung der Grundstrukturen und Basisinstitutionen der bestehenden Gesellschaftsordnung, deren Veränderung allenfalls gradualistisch, auf dem Wege von Reformen angestrebt wird. Das heißt, dort wo starke politische Polarisierungen im Parteiensystem vorherrschen, wo das bestehende Gesellschaftssystem von (zumeist: kommunistischen) Parteien mit relevantem Mitglieder- und Wähleranhang grundsätzlich in Frage gestellt wird, ist die Richtungsgewerkschaft die Regel ... Verschärfen sich aufgrund sozioökonomischer Entwicklungen die sozialen Konflikte und politischen Auseinandersetzungen, so tangiert dies nicht nur den erzielten Grundkonsens; auch die Einheitsgewerkschaft steht dann möglicherweise wieder zur Disposition.“²⁸

Obwohl mit dieser Aussage auf den ersten Blick die gegenwärtige Situation erfaßt zu sein scheint, sind hierzu einige kritische Anmerkungen zu machen. Unabhängig davon, ob *Müller-Jentsch* den gegenwärtigen Konsens der Einheitsgewerkschaft korrekt erfaßt,

26 Ebenda, S. 190.

27 Vgl. ebenda, S. 191 ff.

28 W. Müller-Jentsch, a. a. O., S. 273/4.

negiert er in seiner Analyse die Entstehungsbedingungen und -zielsetzungen der Einheitsgewerkschaften nach der Zerschlagung des Faschismus. In mehreren westeuropäischen Ländern einschließlich aller Besatzungszonen Nachkriegsdeutschlands wurden Einheitsgewerkschaften als Zusammenschluß der politischen und weltanschaulichen Hauptströmungen (der sozialdemokratischen und sozialistischen Richtung, der christlichen und kommunistischen Strömung) gegründet, zu deren programmatischem Selbstverständnis auf jeden Fall der Antifaschismus und eine antikapitalistische Demokratieauffassung gehörten. Antifaschistische Ausrichtung und gesellschaftliche Neuordnungsvorstellungen als Ziel einer einheitsgewerkschaftlichen Organisation waren zumindest anfangs auch bei den DGB-Gewerkschaften ein wechselseitiger Bedingungszusammenhang. Dieser Zusammenhang konnte solange aufrechterhalten werden, wie auch auf der parteipolitischen Ebene die Konfrontation noch nicht die Zusammenarbeit verdrängt hatte.

Während in Italien und Frankreich die Einheit der Gewerkschaftsbewegung durch Abspaltungen christdemokratischer und sozialdemokratischer Gruppen zerstört wurde²⁹, konnte in den fünfziger Jahren der Einheitsgewerkschaft in der Bundesrepublik die anfangs vorherrschende klassenpolitische Grundlage weitgehend entzogen werden. Dies wäre in Italien und Frankreich aufgrund der stärkeren Positionen der kommunistischen Parteien nicht möglich gewesen.

Es können hier nicht im einzelnen die Auswirkungen des bundesdeutschen Restaurationsmodells auf Massenbewußtsein und Politik der Gewerkschaften untersucht werden.³⁰ Unbestritten ist aber, daß sich im Zuge dieser Entwicklung der „Grundkonsens“ der Einheitsgewerkschaft „verschoben“ hat, daß Neuordnungsziele preisgegeben wurden und eine antikomunistische Abschottung nach links stattfand. Deshalb hält *Klaus von Beyme* an der deutschen Einheitsgewerkschaft bis heute für problematisch „die starke Belastung durch den Antikomunismus, der sich Hand in Hand mit der deutschen Teilung ausbreitete und der zu einem der stärksten Bindeglieder der Einheitsorganisation wurde“.³¹

Zweifellos hat die sozialdemokratische Dominanz in den DGB-Gewerkschaften, d. h. das eindeutige Übergewicht der politisch an der Sozialdemokratie orientierten Funktionäre und Mitglieder, eine innergewerkschaftliche Polarisierung bis zum Bruch mit anderen politischen Strömungen gar nicht akut werden lassen, zumal der Einfluß von Kommunisten und Sozialisten sehr stark reduziert war und der christliche Flügel proporzmäßig berücksichtigt wurde.³² Wie die Geschichte des DGB zeigt, ist aber der programmatische Konsens weder als widerspruchsfrei noch als statische Größe zu betrachten, wie dies die Bemerkung von *Müller-Jentsch* nahe legen könnte. Unter dem Einfluß verschärfter sozialer Konflikte und einer Stärkung der klassenpolitischen Positionen können sich auch die Inhalte der Konsensbildung innerhalb der Einheitsgewerkschaft verändern. Die Vereinigungsbestrebungen der italienischen Gewerkschaften, vor allem der Metallgewerkschaft-

29 Klaus von Beyme, *Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen in kapitalistischen Ländern*, München 1977, S. 25/26.

30 Vgl. F. Deppe, *Autonomie...*, a. a. O., S. 75 ff.

31 Beyme, a. a. O., S. 22/23.

32 Vgl. zum Beleg: C. W. Witjes, *Gewerkschaftliche Führungsgruppen. Eine empirische Untersuchung zum Sozialprofil, zur Selektion und Zirkulation sowie zur Machtstellung westdeutscher Gewerkschaftsführungen*, Westberlin 1976, S. 119—123 und J. Bergmann/W. Müller-Jentsch, *Gewerkschaften in der Bundesrepublik*, Bd. 2: *Gewerkschaftliche Lohnpolitik im Bewußtsein der Funktionäre*, Frankfurt/Main 1977, S. 277.

ten, in den siebziger Jahren belegen, daß eine solche Entwicklung mit klassengewerkschaftlichem Verständnis als Ergebnis von Massenbewegungen möglich ist.

Es scheint also, daß die Realisierung bzw. der Aufbau der Gewerkschaftseinheit auf klassenpolitischer Grundlage nur in Phasen des Aufschwungs politischer Massenbewegungen möglich ist, wenn gleichzeitig dieser Prozeß auf der politischen Ebene seine Unterstützung findet durch die Dominanz klassenpolitischer Positionen bzw. das gemeinsame Agieren der Parteien der Arbeiterbewegung. Dies setzt die Fähigkeit der klassenorientierten Kräfte voraus, eine auf Einheit der Arbeiterklasse ausgerichtete Strategie zu entwickeln und zu verwirklichen.³³

Natürlich sind in der Einheitsgewerkschaft die Bedingungen für die Entwicklung eines gemeinsamen Handelns unterschiedlicher politischer Kräfte am günstigsten, das dann bis auf die politische Ebene reichen kann. Die politische Kräftekonstellation innerhalb des in der Arbeiterklasse verankerten Parteienspektrums kann von den Gewerkschaften nicht ignoriert werden, da diese sich auch innerhalb der Einheitsgewerkschaft in Strömungen ausdrückt. Anderenfalls wird die Gefahr von ernsthaften Konflikten bis zum Bruch akut.

Die Schwäche der politischen Klassenkräfte, der marxistischen Strömung und der kommunistischen Partei, stellt sich als eine Schranke für die Entwicklung des Bewußtseins der Arbeiterklasse und seines Ausdrucks in klassenpolitischen Positionen in den Gewerkschaften dar. So ist es auch nicht verwunderlich, daß alle Ansätze einer kämpferischen Interessenvertretung, die seit 1976 zu beobachten sind und als Elemente autonomer Politik bezeichnet werden können, angesichts der mangelnden effektiven Unterstützung aus dem Bereich der politischen Parteien noch durch starke Beschränkung auf den betrieblichen und tariflichen Bereich und durch weitgehenden Verzicht auf Forderungen an den Staat charakterisiert sind, die die SPD als Regierungspartei in Schwierigkeiten bringen könnten. Diese Erfahrungen weisen auf die Grenzen gewerkschaftlicher Autonomieentfaltung bzw. ihren engen Zusammenhang mit dem Entwicklungsniveau der klassenpolitischen Kräfte der Gesamtarbeiterbewegung hin.

III. Zur Spezifik gewerkschaftlicher Politikbestimmung und der Problematik politisch-ideologischer Strömungen

Um die reale Widersprüchlichkeit gewerkschaftlicher Politik zu erfassen, reicht es nicht aus, die Widerspiegelung der Kräfteverhältnisse auf parteipolitischer Ebene in den Gewerkschaften zu untersuchen. Eben darin besteht der Mangel mancher Analysen, die in den Mittelpunkt die Untersuchung der „SPD-Bindung der Gewerkschaften“³⁴ stellen

33 Vgl. zu den Fehlern der kommunistischen Bewegung in diesem Zusammenhang den Beitrag von Georg Fülberth in diesem Jahrbuch. Vgl. auch: Lothar Peter, Überlegungen zur Analyse der RGO-Politik am Ende der Weimarer Republik, in: Deppe/Gerns/Jung (Hrsg.), *Marxismus und Arbeiterbewegung*, Josef Schleifstein zum 65. Geburtstag, Frankfurt/Main, 1980, S. 40 ff.

34 Dies ist das Anliegen von Bodo Zeuner, „Solidarität“ mit der SPD oder Solidarität der Klasse? Zur SPD-Bindung der DGB-Gewerkschaften, in: *Prokla* 26, S. 3—32. Zeuner will die SPD-Bindung mit einer „generalisierten Staatsfixierung“ der Arbeiterklasse erklären. Demgegenüber sehen Rainer Deppe/Richard Herding/Dietrich Hoß die Ursache in der „Wiederherstellung der ‚Arbeitsteilung‘ zwischen Gewerkschaften und SPD in der Nachkriegszeit“. Dies., Zum Verhältnis von Sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaften in der Klassenbewegung, in: J. Bergmann (Hrsg.), *Beiträge zur Soziologie der Gewerkschaften*, Frankfurt/Main 1979, S. 183 ff.

oder nach parteipolitischen Kriterien differenzieren.³⁵ Dabei wird zu wenig berücksichtigt, daß der Gewerkschaftsbereich kein passives Abbild der politischen Ebene darstellt. Andere Versuche der kategorialen Erfassung mit dem Gegensatzpaar „kooperativ — konfliktorisch“, so in der Studie des *Frankfurter Instituts für Sozialforschung*³⁶, wurden wegen der unzureichenden Analyse der Integrationsproblematik und der oberflächlichen Typologisierung kritisiert.³⁷ Die aus diesem Ansatz resultierende Charakteristik der Gewerkschaften als „intermediäre Organisationen zwischen Kapital und Arbeit“ (*Müller-Jentsch*) geht nicht nur von einer vollzogenen und widerspruchsfreien Integration aus, sondern vernachlässigt auch die sich aus der Funktion der Gewerkschaften als unmittelbarer Interessenorganisation ergebende eigene Dynamik gewerkschaftlicher Politikfindung.

Trotz aller möglichen direkten parteipolitischen Einflüsse, Selektionsmechanismen und Einschränkungen der inneren Demokratie wird die Diskussion und Ausformulierung der Politik der Gewerkschaften in spezifischer Weise durch ihre unmittelbare Nähe zu den Klasseninteressen auf ökonomischem und sozialem Gebiet geprägt. Dies unterscheidet die Gewerkschaften als elementare und unmittelbare Klassenorganisation auch von anderen Organisationen mit „Massencharakter“ und einer vorwiegend politischen oder weltanschaulichen Ausrichtung. Auch *Joachim Bergmann* unterstreicht „die für Gewerkschaften konstitutive Situation des Dauerkonflikts mit dem Kapital: die materiellen Interessen der Lohnabhängigen können nur in ständigen Auseinandersetzungen wirksam vertreten werden, denn das jeweils erreichte Reproduktionsniveau ist unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise stets bedroht. Gewerkschaften stehen daher — anders als politische Parteien — unter dem anhaltenden Zwang, sich als wirksame Interessenvertretung bewähren zu müssen“.³⁸

In der kontinuierlichen Wahrnehmung und Formulierung der Interessen der Arbeiterklasse als Reproduktionsinteressen der Arbeitskraft durch die Gewerkschaften haben die Interessen noch nicht jene verallgemeinerte und damit politisch-ideologische Form angenommen, wie es für politische Organisationen und Parteien typisch ist, da auf der politischen Ebene Klasseninteressen immer den Charakter von allgemeinen Interessen annehmen. Es sind also die ständige Notwendigkeit, sich gegen die „Übergriffe des Kapitals“ zu wehren, die zwangsläufige Entgegensetzung der Interessen von Kapital und Arbeit und die daraus resultierende Situation des Dauerkonflikts mit dem Kapital, die die gewerkschaftliche Politik und damit auch die Ausformung gewerkschaftspolitischer Strömungen in besonderer Weise bestimmen.

In dieser Spezifik der Gewerkschaften liegen auch die Grenzen jeder Integrationsstrategie und der Wirkung sozialpartnerschaftlicher Politik in der Gewerkschaft selbst. *J. H. von Heiseler* wies anhand der Ergebnisse einer empirischen Studie zum Bewußtsein Jugendlicher im Großbetrieb darauf hin, daß trotz der großen Rolle integrationistischer Gewerkschaftspolitik im untersuchten Bereich diese Politik „nicht im Einklang mit der sozia-

35 „In der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung der BRD ist das Wirken zweier wesentlicher Strömungen sichtbar. Im DGB wirkt eine marxistische Strömung, deren Kern die Kommunisten bilden. . . . Die im DGB dominierende sozialdemokratische Strömung tritt in den gewerkschaftspolitischen Fragen nicht einheitlich auf.“ Vgl. *Der Imperialismus der BRD*, a. a. O., S. 603/4.

36 Vgl. *J. Bergmann u. a., Gewerkschaften. . .*, a. a. O., S. 32 ff.

37 Vgl. *F. Deppe, Autonomie. . .*, a. a. O., S. 179 ff. Ebenso *Hautsch/Pickhaus*, a. a. O., S. 245 ff.

38 *J. Bergmann, Organisationsstruktur und innergewerkschaftliche Demokratie*, in: *J. Bergmann (Hrsg.), Beiträge. . .*, a. a. O., S. 218/9.

len Wirklichkeit der Gewerkschaft an der Basis" steht. Daraus könne man schließen, „daß sich aus der Funktion der Gewerkschaften als allgemeinem ökonomischen Interessenverband Tendenzen entwickeln, die geeignet sind, sozialpartnerschaftliche Illusionen abzubauen".³⁹ Diese der sozialpartnerschaftlichen Politik entgegenwirkenden Tendenzen werden in Konfliktsituationen besonders wirksam, wenn die Organisation kollektiver Solidarität der Arbeiterklasse als Funktion der Gewerkschaften in den Vordergrund tritt. In jeder Streiksituation ist analysierbar, wie durch die Polarisierung der Interessenfronten klassenorientierte Politik und Argumente einen bedeutend höheren Wirkungsgrad erzielen und vielfach politisch-ideologische Differenzen in den Hintergrund treten.

Dieser Aspekt, der bekanntlich für die praktische Orientierung der Gewerkschaftspolitik von zentraler Bedeutung ist, sollte deshalb noch einmal unterstrichen werden, um trotz der vorherigen Hervorhebung politischer Faktoren für die Gewerkschaftsentwicklung die Spezifik gewerkschaftlicher Politikbestimmung nicht aus dem Auge zu verlieren. Aus diesen Gründen ist auch für die Beurteilung von Entwicklungsprozessen der Gewerkschaftsbewegung eine Unterscheidung nach der gewerkschaftspolitischen Funktionsbestimmung grundlegender und aufschlußreicher als nach parteipolitischen Kriterien.

Als die zwei entgegengesetzten Pole der gewerkschaftlichen Funktionsbestimmung und Zielformulierung waren von *Frank Deppe* Integrationismus einerseits und autonome Vertretung der Klasseninteressen andererseits bestimmt worden. „Der aus der reformistischen Arbeiterbewegung hervorgehende Integrationismus entwickelt sich... aus einer Politik, für die sich immer mehr das Streben nach der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen und ihrer sozialen und politischen Rechte im Rahmen der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie verselbständigt und die in diesem Prozeß... immer mehr dazu übergeht, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse als Voraussetzung für den Erfolg einer solchen Politik anzuerkennen."⁴⁰ Dagegen haben sich immer Positionen der kämpferischen Interessenvertretung, der Formulierung gewerkschaftlicher Ziele vom Standpunkt der Klasseninteressen, der Erweiterung gewerkschaftlicher Rechte als Gegenmachtpositionen zum Kapital und der Infragestellung des Systems kapitalistischer Lohnarbeit behauptet und neu entwickelt, die als autonome Gewerkschaftspolitik bezeichnet werden könnten.

Allerdings sind diese zwei Pole gewerkschaftlicher Funktionsbestimmung in der praktischen Politik in sehr unterschiedlicher Stringenz ausgeprägt, und sie schlagen sich in verschiedenen politisch-ideologischen Strömungen nieder. Dies macht auf die Notwendigkeit aufmerksam, den einzelnen Differenzierungen und Varianten Beachtung zu schenken, um Widerstände und Anknüpfungspunkte für eine klassenorientierte Politik genauer angeben zu können. In diesem Zusammenhang ist auch die Analyse der Positionen der einzelnen Strömungen in der Gewerkschaftsbewegung von Bedeutung.

Der Begriff der „Strömung“, wie er von *Petschick/Schleifstein/Schlüter* benutzt worden ist, versucht, als analytische Kategorie Differenzierungen nach gemeinsamen Forderungen, ideologischen Grundpositionen und Merkmalen in der Praxis zu erfassen.⁴¹ Er unterscheidet sich von Einteilungen mit festeren Konturen („Gruppierungen“) und ist

39 Johannes Henrich von Heiseler, Arbeiterbewußtsein und Krise, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 1, Frankfurt/Main 1978, S. 278.

40 F. Deppe, Autonomie..., a. a. O., S. 164.

keinesfalls identisch mit „Fraktionen“, wie sie etwa als organisatorische Verselbständigung parteipolitischer Strömungen die österreichische Gewerkschaftsbewegung kennt. Zu den Hauptströmungen der bundesdeutschen Gewerkschaftsbewegung zählten *Petschick* u. a. die integrationistische und die reformistische Richtung sowie die marxistischen Kräfte.⁴²

Da *Deppe* zwar den Integrationismus als dominierende Strömung der bundesdeutschen Gewerkschaftsbewegung umfassend analysiert, aber auf weitere einzelne Differenzierungen und Varianten nicht ausführlich eingeht, soll hier auf zwei Aspekte hingewiesen werden:

1. Eine wichtige Variante des Integrationismus ist in ihrer Mehrheit die christlich-soziale Richtung, die eine politische Stütze in den Sozialausschüssen der CDU/CSU besitzt und deren Vertreter die sozialpartnerschaftliche Orientierung vor allem auch theoretisch-argumentativ bestärkten.⁴³ Gerade von Vertretern dieser Richtung ist in jüngster Zeit besonders vehement gegen eine „Ausuferung gewerkschaftlicher Aufgabenstellungen“ und eine „Allzuständigkeit“ der Gewerkschaften Stellung bezogen worden, was im Grunde auf ein Abkappen der politischen Gestaltungsziele, auf eine Entpolitisierung und die Verhinderung einer autonomen Machtentfaltung hinausläuft.⁴⁴

2. *Deppe* analysiert in seiner Studie den klassischen Reformismus als historische und logische Grundlage des Integrationismus.⁴⁵ Dabei geht verloren, daß sich mit der zunehmenden Bedeutung dieses Integrationismus für die Stabilität des staatsmonopolistischen Systems notwendigerweise eine weitere, im ursprünglichen Sinne noch als reformistisch zu bezeichnende Strömung herausbildete, die im Unterschied zum Integrationismus zumindest in Ansätzen an einer antikapitalistischen Kritik festhält, Gewerkschaften als Kampforganisationen versteht und in konkreten sozialen Auseinandersetzungen auf einer kämpferischen Vertretung der Gegenwartsinteressen der Arbeiterklasse besteht.

Diese Differenzierung des Reformismus und die zentrale Rolle des Integrationismus als Herrschaftsmethode bürgerlicher Politik und Strömung in der Arbeiterbewegung hängen eng mit der Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus zusammen. Denn „nur unter den Voraussetzungen des sich monopolisierenden Kapitalismus und zunehmender Regulierungsfunktionen des Staats stehen Instrumente bereit, die eine zeitweilige — tatsächliche oder scheinbare — Vermittlung von Arbeiter- und Kapitalinteressen

41 W. Petschick/J. Schleifstein/H. Schlüter, Der gewerkschaftliche Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse, in: *Das Argument* 62, Dezember 1970, S. 828 ff.

42 Ebenda. Vgl. auch F. Deppe, *Autonomie*..., a. a. O., S. 142.

43 Vgl. zum Beispiel die Haltung zur Mitbestimmung. (Mitbestimmung als Kampfaufgabe, a. a. O., S. 54 ff.) Diese Richtung innerhalb der DGB-Gewerkschaften ist dabei keineswegs als politisch einheitlicher Block zu sehen. Zu beachten ist auch, daß die Haltung der CDU/CSU gegenüber der Einheitsgewerkschaft immer zwiespältig gewesen ist. Unter dem Motto des „Gewerkschaftspluralismus“ wurde und wird gleichzeitig der Aufbau und die Unterstützung insbesondere des reaktionären „Christlichen Gewerkschaftsbundes“ als Spaltungs- und Druckinstrument betrieben. Vgl. hierzu Frank Deppe/Witich Roßmann, „Gewerkschaftspluralismus“ und „repressive Integration“, in: F. Deppe u. a., *Strauß und die Gewerkschaften*, Köln 1980, S. 32 ff. Der gesamte Komplex der christlich-sozialen Strömung sollte unbedingt intensiver von der marxistischen Gewerkschaftsforschung beachtet werden.

44 So Norbert Blüm, Reform der Gesellschaft durch Reform der Gewerkschaft, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 8/1979, S. 466 ff. Vgl. auch ders., *Gewerkschaften zwischen Allmacht und Ohnmacht*, Stuttgart 1979.

45 F. Deppe, *Autonomie*..., a. a. O., S. 167 f.

ohne Gewaltanwendung ermöglichen; die Stärke der Gewerkschaften macht diese politischen Maßnahmen erst notwendig".⁴⁶

Fülberth und *Harrer* analysieren diese Doppelstruktur des Reformismus im Hinblick auf die historische Entwicklung der SPD und bezeichnen die zweite Richtung, die aus dem „klassischen Reformismus“ hervorging, als den „sozialistisch orientierten Reformismus“ oder „Reformsozialismus“ (so oft die Selbstbezeichnung). Diese Richtung „sieht Reformen als ein Mittel zur allmählichen Überwindung des kapitalistischen Gesellschaftssystems durch Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln... Im Unterschied zum Integrationismus hält diese Richtung des Reformismus grundsätzlich am Ziel der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und — teilweise — auch an der Terminologie der Marxschen Kapitalismuskritik und am Klassenkampfpostulat fest".⁴⁷

Diese Differenzierung besitzt für die praktische Politik erhebliche Bedeutung. „Da dem Reformsozialismus die Arbeiterklasse im Gegensatz zum Integrationismus nicht lediglich als eine gleichwertige unter etlichen ‚unterprivilegierten‘ gesellschaftlichen Gruppen, sondern gewöhnlich noch immer als wichtigster Träger des sozialen Fortschritts gilt, spiegeln sich in seinen Forderungen ihre Interessen und Bedürfnisse wesentlich unmittelbarer als beim sozialliberalen Reformismus. Der sozialistische Reformismus fördert somit die Entwicklung eines Arbeiterbewußtseins, in dem die elementare gesellschaftliche Stellung der Arbeiterklasse und ihre Interessenlage noch durchscheinen. Die Erweiterung seines Einflußbereiches auf Kosten der integrationistischen Komponente verbessert deshalb auch Bedingungen und Anknüpfungspunkte für eine Aktionseinheit der Gesamtarbeiterbewegung.“⁴⁸ Eine solche praktisch sehr bedeutsame Unterscheidung der zwei Varianten, die sich aus dem „klassischen Reformismus“ entwickelt haben, wird vielfach noch zu wenig in der marxistischen Literatur betont bzw. durch die undifferenzierende Verwendung des Begriffs „Sozialreformismus“ erschwert.⁴⁹

Während diese Doppelstruktur, wie *Fülberth* und *Harrer* im Hinblick auf die sozialdemokratische Politik einschätzen, in der SPD heute nur in Ansätzen entfaltet ist, spielt die (sozialistisch orientierte) reformistische Strömung in den Gewerkschaften eine bedeutende Rolle. Das liegt eben in erster Linie an der Spezifik gewerkschaftlicher Politikbestimmung, die durch die notwendige unmittelbare Reaktion und Verarbeitung von Klassenerfahrungen die Ausformung progressiver Strömungen begünstigt. Unter der Bedingung relativ schwacher Positionen der konsequent klassenpolitischen Kräfte in der Bundesrepublik ist die reformistische Strömung in den Gewerkschaften der einflußreichste Träger von Elementen einer autonomen Politik. Hier bestehen auch zahlreiche praktische Berührungspunkte zu marxistischen Positionen.

46 Georg Fülberth/Jürgen Harrer, *Die deutsche Sozialdemokratie 1890—1933*, Darmstadt und Neuwied 1974, S. 11.

47 Ebenda, S. 14.

48 Ebenda, S. 16.

49 So zum Beispiel in der neueren Analyse: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, *Staatsmonopolistischer Kapitalismus und Opportunismus*, Berlin (DDR), 1979. Es werden zwar immer wieder die Differenzierungen im „Sozialreformismus“ betont, jedoch nicht systematisch und begrifflich ausgeführt. („Die Kommunisten beachten die ideologischen und politischen Unterschiede zwischen den einzelnen Richtungen im Sozialreformismus und berücksichtigen sie in der ideologischen Auseinandersetzung mit sozialreformistisch orientierten Kräften.“ S 125)

Die politische Struktur der Gewerkschaften, das Gewicht ihrer politischen Hauptströmungen wird durch die Entwicklung der Klassenbeziehungen und -kräfteverhältnisse stark beeinflusst. Gegenüber der politischen Struktur der DGB-Gewerkschaften, wie sie Anfang der siebziger Jahre von *Petschick* u. a. analysiert worden war⁵⁰, haben sich seit den verstärkten Krisenprozessen ab 1974 einige Verschiebungen ergeben. Der progressive Flügel mit starken Positionen der reformistischen Strömung wurde und wird insbesondere durch die IG Metall, die IG Druck und Papier und die Gewerkschaft Holz und Kunststoff vertreten.^{50a} Von diesen Gewerkschaften gingen wichtige Impulse zu einer kämpferischen Gegenwehr aus, und von ihnen wurden nahezu alle relevanten Arbeitskämpfe seit der Krise 1974/75 getragen (Druckerstreiks 1976 und 1978, Metallstreik 1978, Stahlstreik 1978/79 und mehrere kleinere Arbeitskämpfe im Bereich der GHK). In jüngster Zeit zeichnet sich eine zunehmende kämpferische Interessenvertretung im Bereich der Gewerkschaft HBV ab, die mit einem schnellen Mitgliederzuwachs und der Entwicklung progressiver gewerkschaftspolitischer Positionen korrespondiert.⁵¹

Demgegenüber wird die integrationistische Strömung durch Gewerkschaften wie die IG Bergbau und Energie, die IG Bau-Steine-Erden, in wachsendem Maße durch die IG Chemie-Papier-Keramik, aber auch durch die Gewerkschaften Nahrung-Genuß-Gaststätten und Textil-Bekleidung repräsentiert. Es wird unter anderem von der weiteren Entwicklung der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, insbesondere der ÖTV, in der integrationistische Kräfte sehr stark vertreten sind, abhängen, welche Strömung im DGB in den achtziger Jahren ihre Positionen festigen kann und eine dominierende Rolle zu spielen vermag.

IV. „Pluralismus“ und Vereinheitlichung

Ein Grundproblem gewerkschaftlicher Klassenpolitik — dies unterstreicht *Deppe* — ist die Vereinheitlichung der verschiedenen individuellen, fraktionellen und Gruppeninteressen in der Arbeiterklasse. Dies gelingt um so eher, je stärker die Reproduktionsinteressen der Arbeitskraft artikuliert und zum Inhalt von allgemeinen Regelungen gemacht werden. Diese zentrale gewerkschaftliche Aufgabe der Vereinheitlichung wirft jedoch immer wieder das Problem des Verhältnisses zur „Pluralität“ politisch-ideologischer Positionen insbesondere in einer Einheitsgewerkschaft auf. Damit werden Fragen der Durchsetzungsbedingungen für Klassenautonomie in der Einheitsgewerkschaft angesprochen, die bei *Deppe* nicht weiter ausgeführt werden.

In den Diskussionen zu dieser Problematik gilt es zu betonen, daß die Anerkennung der Legitimität unterschiedlicher politischer Positionen und die Durchsetzung innergewerkschaftlicher Demokratie ebenso notwendige Bestandteile autonomer Politik sind wie die Unabhängigkeit von Parteien, und daß dies auch dem Selbstverständnis des DGB entspricht. Problematisch scheint es indessen, wenn als Alternative zur jetzigen Situation ein

50 Vgl. *Petschick/Schleifstein/Schlüter*, a. a. O.

50a Wobei zu beachten ist, daß sich dieses Urteil nur auf die Gewerkschaften als Organisationen und ihre jeweilige durch Beschlußgremien formulierte und die Vorstände praktizierte Politik beziehen kann. Selbstverständlich bestehen und wirken die generell für den DGB charakteristischen Strömungen und Positionen auch in der Regel in den Einzelgewerkschaften.

51 Vgl. Autorenkollektiv, *Arbeitskampf an neuen Fronten*, Soziale Bewegungen Nr. 8, Frankfurt/Main 1980, hier das Kapitel zur HBV.

politischer Pluralismus innerhalb der Gewerkschaften empfohlen wird. In einem Beitrag der „Sozialistischen Studiengruppen“ (SOST) heißt es z. B.: „Worum es geht, ist, bei völliger Unabhängigkeit von den politischen Parteien nach gemeinsamen Lösungen im Interesse der Lohnabhängigen zu suchen, unter Anerkennung des Existenzrechts der verschiedenen Strömungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. An die Stelle einer Integration verschiedener politischer Tendenzen unter der Dominanz einer politischen Programmatik tritt das Bemühen um die Herstellung eines wirklichen Pluralismus, wie er nur unter Verzicht auf den Hegemonieanspruch einer Strömung zustande kommen kann.“⁵²

Eine solche abstrakte Forderung geht an der Tatsache vorbei, daß die Funktionserfüllung der Gewerkschaft einheitliches Handeln der Organisation voraussetzt; dazu bedarf es einer gewissen Vereinheitlichung in der Willensbildung, die die Möglichkeit der kollektiven Auswertung gemachter Erfahrungen und die Durchsetzung darauf beruhender Schlußfolgerungen einschließt. Die Verwirklichung des Pluralismus-Konzepts würde bedeuten, daß sich die Einheitsgewerkschaft nur als Dachverband verschiedener politisch-ideologischer Strömungen versteht, die jeweils ihre eigenen politischen Schlußfolgerungen und Orientierungen entwickeln. Daß dies gegenüber der gegenwärtigen Organisationsstruktur im DGB ein Rückschritt wäre, geht auch aus der Begründung hervor, mit der solche Überlegungen innerhalb der Gewerkschaften zur Diskussion gestellt werden. Klaus v. Beyme schreibt z. B.: „Falls die politischen Konflikte der Gruppen im Zuge der Polarisierung in der Bundesrepublik zunehmen sollten, könnte darüber hinaus auch im DGB ein innerer Pluralismus nötig werden, wie er im ÖGB praktiziert wird, wo politische Fraktionen... auftreten. Aber mit wachsender Ausdifferenzierung der Meinungsblöcke können gewandelte interne Konfliktmuster nötig werden.“⁵³

Ein solches „Modell“ würde die Gefahr beinhalten, die einheitliche Organisation in verschiedene „Meinungsgruppen“ aufzulösen und in den gewerkschaftlichen Willensbildungsprozeß politische Abgrenzungskriterien von außen, d. h. von den politischen Parteien einzubringen. Denn die oben zitierten SOST-Autoren unterliegen einer Illusion, wenn sie glauben, „Pluralismus“ ließe sich unabhängig vom parteipolitischen Kräfteverhältnis etablieren. Im Gegenteil: das im politisch-parlamentarischen Bereich bestehende Monopol bürgerlicher Politik würde direkt und institutionalisiert in die Gewerkschaften hinein verlängert. Ergebnis könnte nur die stärkere Behinderung einer Entwicklung von Ansätzen autonomer Orientierung sein. Es ist denn wohl auch kein Zufall, daß Vorstellungen eines parteipolitischen Pluralismus seitens der CDU propagiert werden: „Zu den bewährten Strukturprinzipien der Industriegewerkschaft... könnte ein drittes Bein die stärkere Berücksichtigung von Meinungsgruppen sein. Dies muß nicht perfektioniert werden zu gewerkschaftlichen Fraktionen. Eine lose Form von Meinungsgruppen würde im übrigen auch die Extremisten zwingen, endlich Farbe zu bekennen... Wer für die DKP eintritt, soll zugeben, daß er auf eine Gewerkschaft hinarbeitet, die, wenn seine Arbeit Erfolg hat, im Dienste des Staates steht.“⁵⁴

Die Bildung von Parteienproporzkartellen innerhalb der Gewerkschaften ließe die Formulierung von gewerkschaftlichen Positionen nur noch auf der Ebene des kleinsten ge-

52 Vgl. o. Verf.: Bildungsarbeit in der Einheitsgewerkschaft, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, 5/1979, S. 105.

53 Vgl. Klaus v. Beyme, Vielfalt in der Gemeinschaft: Gewerkschaften in Europa, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 3/1980, S. 191 f.

54 Vgl. Norbert Blüm, Reform..., a. a. O., S. 470.

meinsamen Nenners zu — oder als Oktroy der Mehrheitsfraktion. Eine solche Struktur widerspricht den Erfordernissen gewerkschaftlicher Interessenvertretung. Zentrales Kriterium der innergewerkschaftlichen Willensbildung und zur Beurteilung von Praxis und Programmatik muß ein aus der gewerkschaftlichen Funktionsbestimmung selbst gewonnener Maßstab sein: die möglichst effektive Vertretung der Reproduktionsinteressen der Lohnabhängigen. Aufgrund der heterogenen Zusammensetzung der Einheitsgewerkschaft ist dabei die Kompromißbildung ein konstitutives Element der Willensbildung, das nicht nur immer wieder zur teilweisen inhaltlichen Nivellierung mancher Aussagen führt, sondern oft auch deren widersprüchlichen Charakter bestimmt.⁵⁵ Da diese Kompromißbildung aber auf der Grundlage der gewerkschaftlichen Erfahrungen und Interessen beruht, ist eine Weiterentwicklung zu autonomen Positionen möglich.

Die Problematik der Vereinheitlichung gewerkschaftlicher Willensbildung und Zielformulierung bezieht sich nicht nur — noch nicht einmal in erster Linie — auf die unterschiedlichen ideologisch-politischen Strömungen. Diese hängen vielmehr selbst mit Differenzierungen in der Arbeiterklasse zusammen. Vereinheitlichung auf politisch-ideologischer Ebene setzt die Fähigkeit zur Vereinheitlichung unterschiedlicher Einzelinteressen von Teilen der Arbeiterklasse voraus. Hier werden die Schwierigkeiten unter Krisenbedingungen größer, wenn Konkurrenz- und Individualisierungstendenzen innerhalb der Arbeiterklasse zunehmen. Die Sorge um die Arbeitsplätze kann z. B. dazu führen, daß sich Belegschaftsvertreter aus der Automobilindustrie für den Ausbau des Individualverkehrs stark machen, während die Beschäftigten bei öffentlichen Verkehrsmitteln eine umgekehrte Politik verlangen. Das kann Konflikte auch zwischen den jeweiligen Einzelgewerkschaften oder innerhalb dieser provozieren.

Bei solchen Problemen wird die Fähigkeit zur Vereinheitlichung der Einzelinteressen als Bedingung erfolgreicher Gewerkschaftspolitik besonders deutlich. Diese kann nur auf der Ebene der allgemeinen Klasseninteressen des Proletariats erfolgen; Voraussetzung dafür ist, daß die Gewerkschaften in der Lage sind, diese Interessen zu erkennen und in Politik umzusetzen. Hier wird die Problematik der Politischen Ökonomie der Arbeiterklasse (vgl. Abschnitt I) konkret. Eine theoretische Konzeption, die das negiert, ist nicht in der Lage, für das Problem divergierender Einzelinteressen in der Arbeiterklasse Lösungen mit Perspektive abzuleiten. In einem Artikel der SOST zu dieser Fragestellung wird ausgeführt: „Was schwerfällt, was aber allein eine Lösung dieses Konflikts bringen kann, ist die Einbindung dieser sektoralen Probleme in die Diskussion um gesamtgesellschaftliche Lösungen. Dies schließt ein, eine reale Berechnung der ökonomischen, sozialen und damit auch finanziellen Implikationen bestimmter Weichenstellungen struktureller Art vorzunehmen.“⁵⁶

Unter gesamtgesellschaftlichen Lösungen wird in dem Artikel aber nicht eine alternati-

55 Ein Beispiel ist der Entwurf für ein neues DGB-Grundsatzprogramm. Dort stehen in der Präambel zwei Linien des gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Selbstverständnisses unverbunden und offen widersprüchlich nebeneinander: Einerseits wird die Politik der Einheitsgewerkschaft auf den Interessengegensatz von Kapital und Arbeit bezogen und Autonomie als Klassen- und Gegenmachtautonomie bestimmt, andererseits wird die Aufgabe gestellt, „am Ausbau des sozialen Rechtsstaats und an der demokratischen Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken und den Kampf um die Gleichberechtigung der Arbeitnehmer fortzusetzen“. Vgl. hierzu Frank Deppe, Zur Diskussion um das neue Grundsatzprogramm des DGB, in: IMSF (Hrsg.), DGB wohin?, 2. Auflage, Frankfurt/Main 1980, S. 31.

56 Vgl. o. Verf., Sozialistische Politik im Sozialstaat, Thesen zur strategischen Orientierung der sozialistischen Linken, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, Heft 29, Hamburg, Mai 1980, S. 34.

ve gewerkschaftliche Konzeption etwa zur Verkehrs- und Beschäftigungspolitik, die von den gesellschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse ausgeht, gemeint, sondern ein zwingend gewerkschaftlicher Interessenkompromiß auf Basis der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Auch hier — wie bei den politisch-ideologischen Strömungen⁵⁷ — wird Vereinheitlichung nur in Form einer Nivellierung auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner für möglich gehalten. Das erlaubt keine vorwärtsdrängende Gewerkschaftspolitik. Der Appell an die Gewerkschaften, den „Bruch mit der kapitalistischen Logik“ zu wagen⁵⁸, bleibt plakativ, weil er mit den sozialökonomischen Problemen nicht verbunden werden kann.

Veränderte Kampfbedingungen und verschärfte soziale Probleme bewirkten bisher unterschiedliche Reaktionen bei den Gewerkschaften: Teilweise wurden partikularistische Verhaltensweisen gefördert, teilweise konnten aber auch Momente der Solidarität und Vereinheitlichung gestärkt werden. Dies zeigt, daß es keineswegs einen generellen gewerkschaftlichen „Lernprozeß“ gibt, wie vereinfachend oft formuliert wird. Vielmehr erweist sich die politische Struktur der Gewerkschaft selbst als ein wichtiger Faktor für die Art der Verarbeitung der Erfahrungen und die Zielrichtung der Schlußfolgerungen. Auch dies ist, neben den ökonomischen Bedingungen, den Bewußtseinsprozessen usw. ein Faktor, der die Entwicklung der Gewerkschaftspolitik beeinflußt, und dessen Ausprägung für die Analyse der konkreten gewerkschaftspolitischen Situation von Bedeutung ist.

Die Vereinheitlichung des gewerkschaftlichen Widerstands, wie sie vor allem in den Arbeitskämpfen 1978 zu beobachten war, erreichte dieses Niveau erst in einer Situation, als die Konfrontationspolitik des Kapitals sozialpartnerschaftliche Konfliktregulierung vorübergehend blockierte. Dies gab der an Autonomie orientierten Strömung, worunter reformistischen Kräften ein großes Gewicht zukommt, breiteren Spielraum, der durch Mobilisierung und Entfaltung gewerkschaftlicher Gegenmacht mit weitgehender Unterstützung gewerkschaftlicher Spitzengremien genutzt wurde.

Auch wenn die Erfolgsbedingungen integrationistischer Politik unter den aktuellen ökonomisch-politischen Bedingungen erheblich schlechter sind als früher, sind die Vertreter der herrschenden Klasse daran interessiert, soziale Konflikte einzudämmen. Deshalb ist der gegenwärtige Feldzug gegen die Gewerkschaften gekoppelt mit Angeboten einer modifizierten Form sozialpartnerschaftlicher Beziehungen, die insbesondere auf den integrationistischen Flügel setzen. Diese Situation führt in vielen Gewerkschaften und im DGB zur Zunahme politisch-ideologischer Konflikte und zu Polarisierungstendenzen. Kern der antikommunistisch-antigewerkschaftlichen Kampagne ist deshalb die Tabuisierung antikapitalistischer Ansätze.

Alle Prognosen weisen darauf hin, daß die im Rahmen der „Modernisierungsstrategie“ der westdeutschen Konzerne geplanten Umstrukturierungen in einzelnen Wirtschaftsbereichen zu einer enormen Verschärfung sozialer Probleme, auch für gut organisierte Kerngruppen der Arbeiterklasse, führen werden, die eine weitaus größere Dimension als in den letzten Jahren erwarten lassen.

Eine solche Situation kann dazu führen, daß Gewerkschaften mit einem „Rückzug aus der Politik“ reagieren und sich als „Kartell der privilegierten Arbeitsplatzbesitzer“ begreifen. Das ist eine ernstzunehmende Gefahr. Die Erschwerung sozialpartnerschaftlicher

57 Vgl. Fußnote 52.

58 Vgl. Sozialistische Politik..., a. a. O., S. 36.

Konfliktregulierung kann aber auch Ansätzen zu autonomer Orientierung neuen Spielraum schaffen. Die Analyse der Faktoren, die solche Prozesse begünstigen bzw. hemmen, erfordert die Berücksichtigung aller Ebenen der gesellschaftlichen Entwicklung und der Arbeiterbewegung. Über die Notwendigkeit, in der aufgezeigten Richtung weiterzuarbeiten, kann kein Zweifel bestehen.